Energieszene

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): **- (1986)**

Heft 1: **Frische Luft**

PDF erstellt am: **02.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Bund gibt sich energiebewusst

An einer Pressekonferenz vom 11. Februar 1986 bei der EMPA in Dübendorf hat das Amt für Bundesbauten (AFB) eine Pilot-Gas-Heizöl-Feuerungsanlage vorgeführt, bei welcher der Ausstoss an Stickoxiden (NO_x) auf einen sehr tiefen Stand herabgesetzt wird. Die Anlage ist im Hinblick auf die am 1. März 1986 in Kraft getretene Luftreinhalteverordnung besonders aktuell.

Der «Low-NO_x»-Brenner kann für Anlagen ab ca. 1 MW Leistung eingesetzt werden. Die Messungen ergaben bei der Verfeuerung von Heizöl «extra-leicht» einen Stickoxid-Gehalt (NO_x) von 100 bis 125 mg/m³ und beim Erdgas einen solchen von 40 bis 80 mg/m³. Das heisst, dass gegenüber herkömmlichen Gas-Öl-Brennern nur noch 25% Stickoxide ausgestossen werden.

Im Falle der Heizzentrale der EMPA in Dübendorf gelang es, mit der Umstellung von Heizöl «schwer» auf eine Kombination Erdgas/Heizöl «extra-leicht» und mit dem Einsatz dieses neuartigen Brenners den Stickoxid-Ausstoss um 90% zu vermindern. Damit wurde eine Möglichkeit einer signifikanten Herabsetzung dieser Emission mittels umweltfreundlicher Feuerungssysteme aufgezeigt. *Amt für Bundesbauten Febr. 86*

Schnee und Kommerz aus der Kanone

Der *Schweizerische Verband der Seilbahnunternehmungen* rechnet nach dem schneearmen Dezember 1985 mit Ertragsausfällen in Millionenhöhe. Deshalb erwägt nun eine Reihe von Wintersportorten in der Schweiz den Einsatz von *Schneekanonen,* um Launen der wetterwendischen Natur maschinell auszugleichen. Naturschützer werten den massiven Einsatz von Schneekanonen als weiteren Eingriff der *weissen Industrie* in den ohnehin schon *übermässig beanspruchten Naturhaushalt* der Bergregionen. (…)

Das Schneesystem gewährleistet eine direkte *Flächenbeschneiung,* lässt sich vom Kompressorenraum aus weitgehend zentral und automatisch bedienen, mit dem Risiko allerdings, dass die einzelnen Düsen bei wechselndem Wind den Schnee neben die Piste blasen. Die zu *installierende Leistung* für solche Anlagen ist *sehr hoch.* In *Savognin,* wo Schneekanonen dieses Systems nun schon seit neun Jahren eingesetzt werden, mussten 1,8 Megawatt zusätzliche Leistung installiert werden, was dem übrigen Bedarf der Gemeinde entspricht. Die Schneekanonen brauchen pro Betriebsstunde maximal 1000 Kilowatt. Nach Angaben des «Beobachters» bedarf die Walliser Skistation *Thyon 2000* für die Schneeproduktion 630 Kilowatt elektrischer Energie, was dem Haushaltbedarf aller 430 Appartements des Skiortes entspricht. Für die sogenannte Erstbeschneiung der 3,3 Kilometer langen Piste steht die Anlage während 130 Stunden im Einsatz. (…)

In der Dezembersession hat Nationalrätin *Ursula Mauch* (SP, Aargau) eine Einfache Anfrage eingereicht, die sich mit dem aus ihrer Sicht *fragwürdigen Trend* zur Schneekanone auseinandersetzt:

«Erachtet es der Bundesrat als richtig, wenn zunehmend fast jede naturgegebene Unzulänglichkeit im touristischen Angebot durch sehr hohen Energieaufwand künstlich überbrückt wird?» (…) Die Nationalrätin möchte vom Bundesrat auch wissen, wieweit *gesetzliche Möglichkeiten* bestehen, Bewilligungen für solche Schneekanonen auf *Ausnahmefälle* zu beschränken. Der Streit um Schneekanonen am *Corvatsch,* wo die Pro Surlej aus ökologischen Gründen Einsprache gegen den Bau einer Hydrantenleitung erhoben hatte, zeigt, dass man den Schnee aus der Kanone rechtlich noch nicht zweifelsfrei erfasst hat.

Der Stil dieses Beitrages, der im Original den Untertitel «Verstärkte Nachfrage nach mechanisch erzeugtem Schnee» trägt, zeigt, dass dieser, einschliesslich der Hervorhebungen, wörtlich übernommen worden ist aus: NZZ, 18.1.86

Im übrigen ist die SES natürlich mit der Einfachen Anfrage ihrer Vizepräsidentin über die komplexe Kanonen-Wirtschaft vollauf einverstanden.

Unbeirrt weiter so!

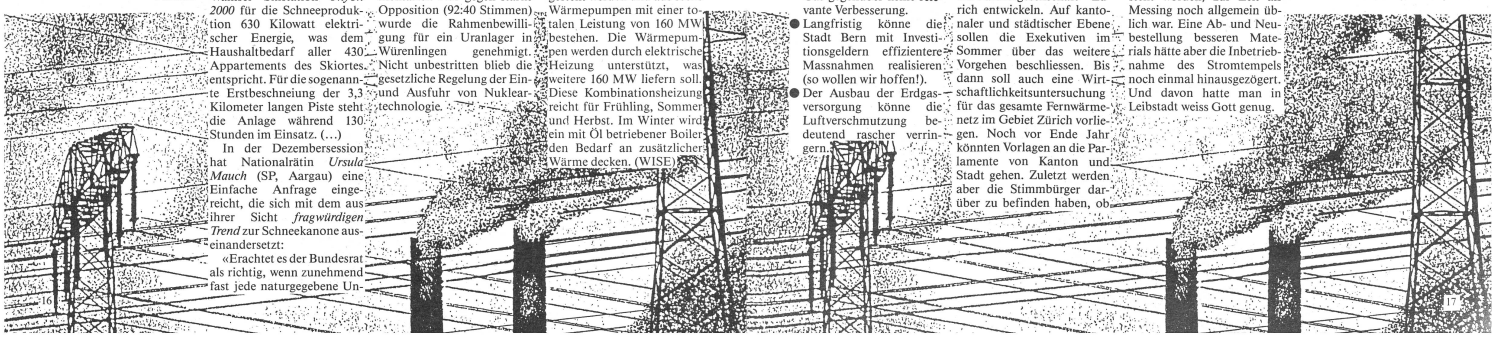
sda/Mit 82 gegen 47 Stimmen hat der Nationalrat in der Dezembersession 1985 einen mehrjährigen gesetzlichen Baustopp für Kernkraftwerke in der Schweiz abgelehnt. Kein AKW-Stopp, aber festgefahrene Parlamentarier. Nur gegen starke Opposition (92:40 Stimmen) wurde die Rahmenbewilligung für ein Uranlager in Würenlingen genehmigt. Nicht unbestritten blieb die gesetzliche Regelung der Ein- und Ausfuhr von Nuklartechnologie.

Initiativkomitee E + A aufgelöst

Knapp anderthalb Jahre nach der Abstimmung über die beiden Initiativen «für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke» und «für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung» wurde am 13. Januar 1986 das Initiativkomitee aufgelöst. Die Schlussabrechnung weist einen Überschuss von Fr. 16905.44 auf (allen MithelferInnen und SpenderInnen einen grossen Dank!). Im Sinne der Statuten wird das Geld einer zielverwandten Organisation überwiesen: Die **SES** führt die Arbeit für eine andere und umweltgerechte Energiepolitik fort, zudem hatte sie während der ganzen Kampagne Räume, Infrastruktur und Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt. Sämtliche Akten über die Kampagne und Abstimmung sind bei der SES archiviert. *rm*

Grösste Wärmepumpe der Welt

Das zurzeit grösste Wärmepumpensystem der Welt beliefert in Stockholm Häuser mit Wärme aus dem Baltischen Meer. Das System wird mit der Zeit die Hälfte des gesamten Energiebedarfs von Nord-Stockholm decken. Dies entspricht dem Bedarf an Heisswasser und Heizung für 100000 Wohnungen. Die Anlage soll Ende 1986 fertiggestellt werden und aus sechs Wärmepumpen mit einer totalen Leistung von 160 MW bestehen. Die Wärmepumpen werden durch elektrische Heizung unterstützt, was weitere 160 MW liefern soll. Diese Kombinationsheizung reicht für Frühling, Sommer und Herbst. Im Winter wird ein mit Öl betriebener Boiler den Bedarf an zusätzlicher Wärme decken. (WISE)



Mühleberg-Fernwärme abgelehnt

BZ/sve. Mit 45 Nein zu 29 Ja hat der Berner Stadtrat am Donnerstag, den 30. Januar 1986, zwei bürgerliche Postulate abgelehnt, welche die Nutzung der Fernwärme aus der Deponie Teuftal und dem Kernkraftwerk Mühleberg für die Versorgung von Bern West zum Ziel hatten. Trotz einer Besichtigung per Car des als «Werk mit Modellcharakter» gepriesenen Projekts Refuna im Aargau konnten sich offenbar die Stadträtinnen und Stadträte für die KKW-Fernwärme nicht erwärmen.

An der Stadtratsdiskussion überzeugte vor allem Rolf Zimmermann (SP) die Mehrheit, indem er das Vorhaben als «wirtschaftlich riskant, finanzpolitisch unakzeptabel und energiepolitisch sinnlos» bezeichnete. Argumente gegen die Fernwärme:

- Die Fernwärme komme im Vergleich zum Erdgas finanziell flach heraus: Während sie 80 Millionen Franken Investitionskosten plus weitere 20 Millionen für die privaten Hauseigentümer verschlinge, sei der Ausbau der Erdgasversorgung für die gleiche Leistung mit ganzen 9,5 Millionen Werk- und 7,5 Millionen Privatinvestitionen realisierbar. Umweltpolitisch bringe die AKW-Fernwärme dem Gas gegenüber keine relevante Verbesserung.
- Langfristig könne die Stadt Bern mit Investitionsgeldern effizientere Massnahmen realisieren (so wollen wir hoffen!).
- Der Ausbau der Erdgasversorgung könne die Luftverschmutzung bedeutend rascher verringern. (VON)

Transwaal: Fernwärme für die Stadt Zürich?

TA/sve. Anfang Januar trafen sich Behörden aus Stadt und Kanton Zürich, um über das geplante Fernwärmesystem zu verhandeln, das die Abwärme der Kernkraftwerke Beznau I und II für Heizungszwecke nutzen will. Dabei warnte das Studienkonsortium Regionale Fernwärmeversorgung Zürich vor dem wirtschaftlichen Risiko eines solchen Projekts und riet von einer Aktienbeteiligung ab. Statt dessen plädierte es für feste Lieferungsverträge und ein eigenes Anschlussnetz.

Von Beznau würde Zürich nur Bandenergie beziehen. Als Spitzen- und Reserve-Heizwerk diente das Heizkraftwerk Aubrugg. In das Wärmeverbundsystem miteinbezogen würden neben dem zürcherischen Limmattal auch die Quartiere Schwamendingen, Oerlikon und Seebach sowie das Universitätsviertel. Ein Gebiet also, das bereits 1977 von der Stadt Zürich als Fernwärmegebiet ausgeschieden worden ist.

Bis zum Sommer will das Studiumkonsortium ein generelles Projekt für eine Verbindungsleitung zwischen Transwaal-Ende in Dietikon und dem Heizkraftwerk Aubrugg erarbeiten sowie ein betriebliches, finanzielles und rechtliches Konzept für eine regionale Fernwärme-Partnergesellschaft Zürich entwickeln. Auf kantonaler und städtischer Ebene sollen die Exekutiven im Sommer über das weitere Vorgehen beschliessen. Bis dann soll auch eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für das gesamte Fernwärmenetz im Gebiet Zürich vorliegen. Noch vor Ende Jahr könnten Vorlagen an die Parlamente von Kanton und Stadt gehen. Zuletzt werden aber die Stimmbürger darüber zu befinden haben, ob die Wärme aus dem Kernkraftwerk Beznau zürcherische Stuben heizen soll! Bis zu diesem Zeitpunkt werden auch die aargauischen Gemeinden und Dietikon darüber abgestimmt haben, ob die Transwaal-Hauptleitung überhaupt bis an die Zürcher Kantonsgrenze geführt wird.

Kritisch gefragt ist fristlos entlassen

«Im letzten Sommer wurden im AKW Leibstadt 42000 Kondensatorröhrchen ausgewechselt, nach erst zwei Jahren Betriebsdauer. Für diese Revisionsarbeiten – ‹heisse Büez› für wenige Wochen – wurden über Temporärfirmen etwa 650 Jobber eingesetzt. (Wallraff lässt grüssen!)

Einer dieser Gelegenheitsarbeiter stand Mitte Februar vor dem Arbeitsrichter – als Kläger. Grund: Lohnentschädigung wegen vorzeitiger Entlassung. Weil sich D. über die Gefährlichkeit seiner Arbeit informieren wollte, wurde er von der Basler Arbeitsvermittlungsfirma Fred Küng fristlos entlassen.

Die Frage lag auf der Hand: Weshalb mussten die Röhrchen ausgewechselt werden? Was war schiefgelaufen? Eigentlich nichts, denn dass die 1980 eingebauten Messingröhrli nichts taugen würden, das hat man in Leibstadt gewusst. Die Röhrchen waren aber bereits 1973 bestellt worden, zur Zeit als Messing noch allgemein üblich war. Eine Ab- und Neubestellung besseren Materials hätte aber die Inbetriebnahme des Stromtempels noch einmal hinausgezögert. Und davon hatte man in Leibstadt weiss Gott genug.

Der erste Arbeiter wurde bereits nach der ‹Strahlenbelehrung› aufgrund einer kritischen Frage entlassen. Bei den Arbeiten im Kondensator fiel Staub an, von dem viele Jobber annahmen, dass er radioaktiv verseucht sei. D.s Beharren auf Auskunft kostete ihn den Arbeitsplatz – fristlos und unter Androhung polizeilicher Entfernung.

D. liess sich diesen Rausschmiss nicht gefallen und reichte Klage gegen Küng ein. Die Aussichten auf Erfolg waren für D. nicht ungünstig: Fred Küng operierte mit Arbeitsverträgen, die für den Arbeitgeber einseitig auf Tagesende kündbar waren. Es kam aber nicht zur Verhandlung, weil D. am ersten Verhandlungstag im Dezember 1985 wegen einer Autopanne in Frankreich nicht rechtzeitig erscheinen konnte.

Die Arbeit in politisch umstrittenen Betrieben, zum Beispiel in AKWs, ist immer von Politik belastet. Um einen solchen politischen Prozess ist das Gericht gerade noch einmal herumgekommen. Aber ein nächster Prozess eines Leibstädt-Jobbers gegen seinen Arbeitsvermittler steht demnächst an.»

Freier Aargauer, 17.2.86